

## NORDKOREA

### Missionar aus China entführt und eingesperrt

Als „Gefangener des Monats Oktober“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur idea den in Nordkorea inhaftierten christlichen Missionar Jang Moon Seok benannt. Informationen der IGFM zufolge wurde er im November 2014 von nordkoreanischen Agenten aus Changbai in China entführt, dann förmlich festgenommen und schließlich zu 15 Jahren Haft verurteilt. Sein ständiger Wohnsitz befand sich in der Grenzstadt zu Nordkorea und er trug inzwischen den chinesischen Namen Zhang Wen Shi.

Über die konkreten Vorwürfe, die gegen ihn erhoben wurden, ist nichts bekannt. In Nordkorea ist jedoch die Ausübung der Religion stark eingeschränkt und nicht nur die Weitergabe religiöser Schriften, sondern allein schon deren Besitz wird mindestens mit hohen Haftstrafen geahndet, die oft mit Schwerstarbeit und Folter verbunden sind.

Aus Nächstenliebe half er Grenzgängern aus Nordkorea, die vom Handel beiderseits der Grenze lebten oder auf der chinesischen Seite nach Medizin oder anderem Notwendigen suchten. Jang alias Zhang un-

#### Appellbrief

Seine Exzellenz Kim Jong-un  
Oberster Führer der Demokratischen Volksrepublik Korea  
via Botschaft der Demokratischen Volksrepublik  
Glinkastraße 5-7

10117 Berlin

Fax: 030-22651929

Exzellenz,

ich erlaube mir, mich wegen des chinesischen Staatsbürgers Zhang Wen Shi an Sie zu wenden. Er ist seit November 2014 in der Demokratischen Volksrepublik Korea inhaftiert und wurde zu einer 15-jährigen Haftstrafe verurteilt. Der Christ ist zuvor, wie aus zuverlässigen Quellen zu erfahren war, aus der chinesischen Stadt Changbai, wo er lebte, entführt worden. Die Vorwürfe, die zum Urteil führten, sind öffentlich nicht bekannt. Zhang Wen Shi hat sich keines Verbrechens und keiner Aktion gegen die Regierung Koreas schuldig gemacht, sondern wirkte nur als Missionar. Ich bitte darum, dass er sofort freigelassen wird und zurück nach China ausreisen darf.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:  
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>



FOTO: VOM

terstützte viele von ihnen, indem er sie mit Quartier oder etwa Kleidung versorgte. Dabei sprach er auch über seinen Glauben, den einige annahmen. Zusammen mit Pastor Han Chung-Ryeol unterrichtete er diejenigen im christlichen Glauben, die darum baten. Der Pastor, der ebenfalls koreanische Wurzeln hatte, wurde am 30. April 2016 von einem oder mehreren Unbekannten in Changbei erstochen.

Die IGFM und idea rufen dazu auf, den nordkoreanischen Machthaber Kim Jong-un in Briefen zur sofortigen Freilassung von Zhang Wen Shi aufzufordern.

## VIETNAM

### „Gefangener des Monats“ von April 2020 frei

Der vietnamesische Pastor A Dao ist am 18. September vorzeitig aus der Haft entlassen worden. Das bestätigte die US-Kommission für Internationale Religionsfreiheit (Washington). Zum Hintergrund: Der evangelische Christ setzt sich für Religionsfreiheit in seinem Heimatland ein. Dao gehört der ethnischen Minderheit der Montagnards in den Bergregionen Zentralvietnams an. Der 39-Jährige leitet die „Montagnard Evangelikale Kirche Christi“. Im August 2016 kehrte der Gemeindeführer aus Timor Leste (Osttimor) von einer Konferenz über Religionsfreiheit zurück und wurde kurz darauf ver-



FOTO: PRIVAT

haftet. Die Behörden warfen ihm offiziell illegale Fluchthilfe ins Ausland vor, was Dao zurückwies. Am 27. April 2017 verurteilte ein Gericht den Pastor zu fünf Jahren Gefängnis. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur idea hatten Dao im April 2020 zum „Gefangenen des Monats“ erklärt. Die US-Kommission lobte die vorzeitige Freilassung des Pastors. Deren Mitglied James Carr setzte sich für ihn ein und erklärte nun: „Ich freue mich, dass Pastor A Dao frei ist, auch wenn ich die Tatsache beklage, dass das Gefängnis ihm vier Jahre sei-

nes Lebens geraubt hat.“ Er hoffe, dass die Freilassung ein Zeichen dafür sei, dass die vietnamesische Regierung es mit der Verbesserung der Religionsfreiheit ernst meine.

Sie solle auch andere Inhaftierte, die sich für dieses Anliegen eingesetzt hatten, freilassen. Darüber hinaus forderte Carr die Regierung Vietnams dazu auf, sicherzustellen, dass die

örtlichen Behörden die Freiheit und Sicherheit von Dao respektieren, sollte er sich entscheiden, in sein Heimatdorf zurückzukehren. (idea-Meldung vom 25.09.2020)

## IRAK / SYRIEN

# IGFM erneuert Forderung nach IS-Tribunal

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) hat ihre Forderung zur Errichtung eines IS-Tribunals erneuert, das die Kämpfer der Terrormiliz zur Rechenschaft ziehen soll. Es geht nicht nur um die Verurteilung von Straftaten wie Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. In einem solchen Tribunal sollten auch die Schicksale der IS-Opfer dokumentiert, aufgearbeitet und in den Gesamtkontext eingeordnet werden. „Die Jesiden, insbesondere die verschleppten und vergewaltigten Frauen und Mädchen, werden nur durch ein IS-Tribunal Aufarbeitung und Gerechtigkeit erfahren“, mahnt Khalil Al-Rasho an, Leiter der Humanitären Hilfe Nahost der IGFM.

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) beobachtet den weltweit ersten IS-Völkermordprozess gegen einen Angeklagten aus dem Irak vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt. So weitreichend die Bedeutung des Prozesses ist, so schwierig ist er auch: Die Generalbundesanwaltschaft muss das Gericht davon überzeugen, dass der 27-jährige Iraker, die ihm zur Last gelegten Taten mit dem Ziel beging,

zur Vernichtung der Jesiden, ihrer Religion und Kultur beizutragen. Ein fünfjähriges jesidisches Mädchen soll er zusammen mit ihrer Mutter versklavt, schwer misshandelt und schließlich durch eine grausame Tortur getötet haben: Weil sie in der Nacht eingenässt hatte, band er sie an ein



IGFM-Referent Khalil Al-Rasho (rechts im Bild), der den Prozess in Frankfurt beobachtet, hat selbst schon viele jesidische Überlebende im Irak befragt. Links neben der Überlebenden (Bildmitte) sitzt IGFM-Ehrenvorsitzende Katrin Bornmüller.

Fenster. Die Sonne brannte heiß, bis zu 50 Grad Celsius. Er beließ sie dort gefesselt, gab ihr kein Wasser. Bei dem Prozess wird der Rechtsgrundsatz des Weltrechtsprinzips angewandt. Schwerwiegende, völkerrechtlich relevante Straftaten können so überall geahndet werden, unabhängig vom Tatort oder von der Staatsbürgerschaft der Angeklagten.

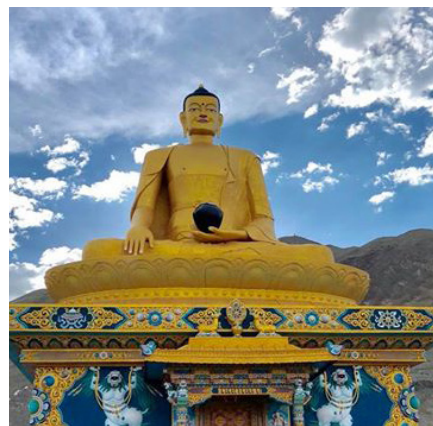
In diesem Sommer wurde die Mutter durch die Richter in Frankfurt angehört. Sie war im Jahr 2015 zusammen mit ihrer Tochter von der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) als Sklavin an den Angeklagten verkauft worden. Ihre Aussage übersetzte eine Dolmetscherin aus dem Kurmandschi-Kurdisch. „Abu Muawia“, so der Kämpfername des Islamisten, und seine Frau hätten versucht, sie zum Glaubenswechsel zu zwingen. Erschien ihnen ihr Gebet nicht eifrig genug, so hätten sie auf sie eingepöbelt. Ihre Stimme versagte, als sie vom Todeskampf ihrer Tochter reden sollte. Sie sagte aus, dass es der Mann auf der Anklagebank war, der das Mädchen verdursten ließ. Die Zeugin forderte am Ende der Verhandlung ihre Rechte, die Rechte ihrer Tochter und die Rechte der jesidischen Gemeinschaft ein.

Der am Oberlandesgericht Frankfurt am Main verhandelte Fall offenbart die Brutalität der IS-Gewaltherrschaft und stellt eine erhebliche psychische Belastung für das Opfer dar. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) mahnt daher an, dass das jesidische Volk nur in einem IS-Kriegsverbrechertribunal Gerechtigkeit erfahren könne.

## TIBET

# China baut Zwangsarbeitslager nun auch in Tibet

Wie in der Region Xinjiang hat China nun auch in Tibet mit der Masseninhaftierung in einem Arbeitslagersystem begonnen. Von Januar bis Juli 2020 wurden dort rund 500.000 Tibeter festgehalten; sie mussten neben ihrer Zwangsarbeit auch Kurse zur Indoktrination besuchen. Einige von ihnen werden im Anschluss an den Aufenthalt gezwungen, Tibet zu verlassen und woanders zu arbeiten. Die Studie prognostiziert eine Assimilierung der mehrheitlich traditionell buddhistisch geprägten Tibeter. Der deutsche Anthropologe Adrian Zenz hat dazu jüngst auf der Plattform der Jamestown Foundation, einer Washingtoner Stiftung, einen Forschungsbericht mit entsprechenden Belegen veröffentlicht. Die kommunistische Führung in der Volksrepublik hat sich bislang noch nicht zu den Vorwürfen geäußert.



Buddha bei Stok im freien indischen Teil Tibets

Auf die vorigen Veröffentlichungen zur Unterdrückung der Uiguren reagierte Peking gereizt und beschuldigte Zenz,

ein „Schwindler in akademischer Verkleidung“ zu sein. Dabei stützte sich der Stuttgarter Wissenschaftler auf öffentlich zugängliche Quellen, die die Nachrichtenagentur Reuters ebenso überprüfte: Darunter waren Fotos aus den Lagern und Satellitenbilder, Strategiepapiere, die chinesische Behörden ebenso im Internet veröffentlichten wie Stellenausschreibungen, die Zenz auswertete. In Berichten staatlicher Medien ist zudem über den Aufbau von Berufsbildungszentren zu lesen, vordergründig, um die Armut in China zu beseitigen. In Tibet werden in den Lagern vor allem Kleinbauern und Hirten festgehalten. Den Regierungsplänen zufolge will das Regime den Insassen Arbeitsdisziplin und -ethik sowie Chinesisch vermitteln.